



Merve Arkun (links) vor der UNO in Genf

Das Gewissen vor Gericht

Warum türkische Kriegsdienstverweigerer jetzt globale Solidarität brauchen

Von Merve Arkun

In einer Welt, die zunehmend von Krieg, Militarismus, sich wandelnder Sicherheitspolitik und steigenden Militärausgaben geprägt ist, werden die Herausforderungen für diejenigen, die sich eine entmilitarisierte, friedliche Zukunft vorstellen – und sich aktiv dafür einsetzen –, immer größer. Die jüngsten Debatten z.B. um die Wiedereinführung der Wehrpflicht in manchen europäischen Ländern gefährden die jahrzehntelangen Erfahrungen und Errungenschaften der Friedensbewegungen in Europa. In Ländern, in denen Gewaltfreiheit und Kriegsdienstverweigerung durch langjährigen Einsatz einst zur Normalität geworden waren, gefährdet der erneute Fokus auf militärischen Diskurs sowohl die zivilgesellschaftlichen Freiheiten als auch die Menschenrechte.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es umso dringlicher, den Blick auf die Realitäten in Ländern zu richten, in denen die Wehrpflicht

nicht nur diskutiert, sondern aktiv durchgesetzt wird – und in denen, anders als z.B. in Österreich, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung überhaupt nicht anerkannt ist. Die Türkei ist nach wie vor das einzige Mitglied des Europarates, das die Kriegsdienstverweigerung nicht als Menschenrecht anerkennt. Hier wird die Verweigerung des Militärdienstes nicht als legitimer Akt des Gewissens behandelt, sondern als strafbare Handlung.

Militarismus, Männlichkeit und die Erschaffung des Bürgers

Um die Unterdrückung der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei zu verstehen, muss man die militarierten Grundlagen der Republik betrachten. Seit ihrer Entstehung basiert die türkische Staatsbürgerschaft auf nationaler Einheit und wahrgenommenen Bedrohungen – gemeint sind sowohl interner Dissens als auch externe Feindbilder.

Das Militär spielt eine zentrale Rolle für diese Identität, die im Satz „Her Türk asker doğar“ („Jeder Türke wird als Soldat geboren“) zum Ausdruck kommt. So wird der Wehrdienst nicht nur als Pflicht, sondern als Übergangsritus zur Erlangung der vollständigen Staatszugehörigkeit dargestellt.

Militarismus ist eng mit Patriarchat, Nationalismus und religiöser Symbolik verflochten. Wehrdienstverweigerer werden stigmatisiert, weil sie sich den vorherrschenden Normen von Männlichkeit und nationaler Loyalität widersetzen, während Frauen auf symbolische Rollen als Hüterinnen der nationalen Ehre reduziert werden. Religiöse Narrative heiligen den Militärdienst als etwas Sakrales. Trotz dieses ideologischen Apparats hat sich seit Ende der 1980er Jahre eine politische und soziale Bewegung der Kriegsdienstverweigerung herausgebildet, der sich Frauen, Studierende, Anarchist*innen, Sozialist*innen,



Muslim*innen und kurdische Aktivist*innen angeschlossen haben. Ihr Widerstand stellt die militarisierte Definition von Staatsbürgerschaft in Frage und eröffnet Raum für alternative Vorstellungen von Frieden und staatsbürgerlicher Identität.

Rechtlicher Rahmen und die Falle endloser Strafverfolgung

Nach dem Wehrdienstgesetz müssen alle bei der Geburt als männlich registrierten Bürger im Alter von 20 bis 41 Jahren den Wehrdienst leisten, der in der Regel sechs Monate dauert. Es gibt keine gesetzliche Regelung für eine Erklärung der Kriegsdienstverweigerung und auch keinen zivilen Ersatzdienst. Verweigerer werden unter Anklagen wie „Wehrdienstverweigerung“ oder „Fahnenflucht“ strafrechtlich verfolgt. Routinemäßige Identitätskontrollen führen oft zu Verwaltungsstrafen, die dann zu Strafverfahren werden. Jede Geldstrafe kann zu neuen Verfahren führen, wodurch Verweigerer in einen Kreislauf endloser Strafverfolgung geraten.

Zwar wurde 2019 eine Option für einen kürzeren Dienst eingeführt, diese kostet jedoch eine Gebühr und erfordert eine einmonatige Grundausbildung, weshalb sie für Verweigerer aus ethischen oder religiösen Gründen unzugänglich und ungeeignet ist. Die Anhäufung wiederholter Geldstrafen, Gerichtsverfahren und Haftbefehle schränkt die Bewegungsfreiheit, den Zugang zu Beschäftigung, Bildung und sozialer Sicherheit der Verweigerer stark ein. Dieser Zustand der Ausgrenzung wird allgemein als „ziviler Tod“ bezeichnet.

Ziviler Tod: Die täglichen Kosten der Ablehnung des Militarismus

Der zivile Tod ist keine Metapher – er ist für Verweigerer Realität. In der Praxis bedeutet er, dass man sich



nicht an einer Universität einschreiben kann, in ständiger Angst vor Ausweiskontrollen lebt und weder innerhalb des Landes noch ins Ausland frei reisen kann. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen können keine Tätigkeiten ausüben, die eine Sozialversicherungsmeldung erfordern; sie sind oft auf informelle, kurzfristige Beschäftigungen beschränkt und können aufgrund einer fehlenden Versicherung von einer Pension nicht einmal träumen. Einigen wird aufgrund ihres ungeklärten Militärstatus der Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt, andere vermeiden es, Bankkonten in ihrem eigenen Namen zu eröffnen, da die Gefahr besteht, dass diese beschlagnahmt werden. Laut einem Bericht von CO Watch aus dem Jahr 2024 waren die häufigsten Beschränkungen, denen Wehrdienstverweigerer ausgesetzt waren, Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit und beim Recht auf Arbeit. Diese ineinandergreifenden Beschränkungen verfestigen die langfristige Marginalisierung und machen eine uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nahezu unmöglich.

Diese Ausgrenzung ist kein Zufall, sondern systemisch. Die Weige-

rung des Staates, die Kriegsdienstverweigerung als legitimes Recht anzuerkennen, macht aus Dissens eine lebenslange Strafe. Kriegsdienstverweigerer werden nicht für ihre Taten, sondern für das, woran sie glauben, bestraft. Ihre Weigerung, Waffen zu tragen, wird zum Grund für ihre soziale Auslöschung, wodurch ihnen Sichtbarkeit, Würde und der Zugang zu Grundrechten genommen werden. Sie werden in ihren Rechten quasi unsichtbar, für Überwachungs- und Kontrollmechanismen hingegen werden sie zu Zielscheiben.

Eine gefährliche Entwicklung: Von rechtlicher Schikane zu Haftstrafen

Im Oktober 2025 markierte die Verurteilung mehrerer Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen eine gefährliche Eskalation in der staatlichen Repression. Gerichte verhängen nun häufiger Haftstrafen. Während Freiheitsstrafen früher auch ausgesetzt oder in Geldstrafen umgewandelt wurden, zeigen die jüngsten Urteile eine Entwicklung hin zu aktiver Bestrafung.

Drei symbolträchtige Fälle veranschaulichen diese Veränderung:



VERWEIGERUNG IN DER TÜRKEI

- Kamil Murat Demir wurde vom 1. Strafgericht Tunceli wegen angeblicher „Fahnenflucht“ zu 21 Monaten Haft verurteilt. Das Gericht verwies auf frühere Verurteilungen und eine „Neigung zur Begehung von Straftaten“, um eine Strafmilderung abzulehnen.

- Çınar Koçgiri Doğan erhielt 2023 eine fünfmonatige Haftstrafe, die zunächst ausgesetzt wurde. Im Jahr 2025 führte ein neuer Fall zur Aufhebung der Aussetzung und zu einer erneuten Verurteilung.

- İnan Mayıs Aru, langjähriger Kriegsdienstverweigerer seit 2008, wurde vom 3. Strafgericht in Kütahya zu 15 Monaten Haft verurteilt.

Diese Fälle spiegeln ein systematisches Muster von gerichtlicher Schikane, eskalierenden Strafen und psychischem Druck wider. Die Verlagerung hin zu Freiheitsstrafen ist nicht nur ein rechtliches Problem, sondern eine Menschenrechtskrise.

Conscientious Objection Watch: Widerstand unter Druck

CO Watch ist eine Basisinitiative, die Verstöße überwacht, rechtliche Unterstützung leistet und die Stimmen der Wehrdienstverweigerer verstärkt. Früher war sie als Verein registriert, musste sich jedoch 2022 aufgrund rechtlicher Schikanen aus dem offiziellen Register löschen lassen. Als nicht registrierte Initiative ist ihr Zugang zu Finanzmitteln eingeschränkt und die Risiken in der Arbeit sind höher.

Trotz dieser Einschränkungen veröffentlicht CO Watch zweisprachige Bulletins, dokumentiert Gerichtsverfahren und arbeitet mit internationalen Institutionen wie UN-Gremi-

en, dem Europäischen Parlament und dem Europarat zusammen. Die Initiative koordiniert schnelle Notfallhilfe, Rechtshilfe, öffentliche Kampagnen und länderübergreifende Solidarität, um sicherzustellen, dass Wehrdienstverweigerer angesichts der Unterdrückung nicht allein gelassen werden.

Die Unterdrückung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei ist nicht nur ein innerstaatliches Problem, sondern ein Maßstab für das Engagement der Welt für Frieden und Menschenrechte. Da rechtliche Schikanen zu tatsächlichen Haftstrafen eskalieren, wird die Notwendigkeit einer koordinierten internationalen Unterstützung immer dringlicher. Jede erhobene Stimme, jede geteilte Geschichte und jede Solidaritätsbekundung hat Gewicht. Das Teilen der Berichte von Verweigerern, die Unterstützung von Rechtsbeistand und Nothilfe, der Druck auf Regierungen, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einzuhalten, und die Solidarität mit CO Watch und seinen Verbündeten sind wesentliche Stützen. In Zeiten wie diesen ist Solidarität überlebenswichtig.

Internationale Solidarität: Von der Beobachtung zum Handeln

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei ist nicht nur eine interne Angelegenheit – sie ist ein Test für das globale Engagement für Frieden und Menschenrechte. Der Übergang zu tatsächlichen Haftstrafen markiert eine gefährliche neue Phase: Nach Jahren der Marginalisierung ist nun eine aktive Bestrafung eine konkrete Bedrohung. Koordinierte Lobbyarbeit, sichtbare öffentliche Kampagnen und nachhaltige Unterstützung sind

unerlässlich, um den Kreislauf des „zivilen Todes“ zu durchbrechen und das Recht auf Verweigerung der Militarisierung zu schützen.

Internationale Solidarität ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Angesichts der zunehmenden Repressionen in der Türkei müssen internationale Akteur*innen entschlossen handeln. Die Unterstützung von CO Watch bedeutet, das Recht auf Ablehnung des Militarismus zu schützen und sicherzustellen, dass diejenigen, die sich für den Frieden einsetzen, nicht isoliert bleiben. Flexible, langfristige Unterstützung ermöglicht Kontinuität und Widerstandsfähigkeit; rechtliche Soforthilfe kann den Unterschied zwischen Schutz und Verfolgung ausmachen.

Solidarität ist nicht symbolisch – sie ist strategisch. Sie erhält den Widerstand aufrecht, schützt Leben und treibt den Wandel voran. In der Türkei, wo Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen mit Strafverfolgung, Ausgrenzung und nun auch Haftstrafen rechnen müssen, ist Solidarität eine Lebensader. Sie zu unterstützen bedeutet, das Recht auf Gewissensfreiheit gegen militariserte Unterdrückung zu verteidigen. Das Recht, Militarismus abzulehnen, ist ein Grundpfeiler des Friedens. Lasst es uns verteidigen – gemeinsam, sichtbar und beharrlich.

Merve Arkun arbeitet als Koordinatorin bei Vicdani Ret İzleme / Conscientious Objection Watch und ist im Vorstand der War Resisters' International, sowie Vizepräsidentin des European Bureau for Conscientious Objection.

Weiterführende Links zu Conscientious Objection Watch:

Letzter Bericht (Foto): <https://vicdaniret.org/conscientious-objection-watch-april-september-2025-bulletin/>

Website: <https://vicdaniret.org/category/english/>

Spendenmöglichkeit: https://en.connection-ev.org/CO_Turkey-form

